

Inland.

Berlin, den 3. Januar. Se. Majestät der König haben am 28. Dec. dem Kaiserl. Oesterreichischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Grafen von Trauttmansdorff-Weinberg, im Schlosse zu Potsdam eine Privat-Audienz zu ertheilen und aus dessen Händen die auf die Thron-Erbsagung Sr. Majestät des Kaisers Ferdinand I. und den Regierungs-Antritt Sr. Majestät des Kaisers Franz Joseph I. Bezug habenden Schreiben, so wie zugleich ein Schreiben des jetzt regierenden Kaisers Majestät, entgegenzunehmen geruht, wodurch derselbe aufs neue in der gedachten Eigenschaft bei Allerhöchsthohem Hofe beglaubigt wird.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Kohnmeister Werner zu Halle das Allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Gefreiten Hildebrandt des 21. Infanterie-Regiments und dem Wehrmann Zyborowicz vom 3. Bataillon (Schneidemühl) 14. Landwehr-Regiments die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Der bisherige Privat-Docent an der Universität in Halle, Licentiat der Theologie, Dr. Karl Schwarz, ist zum außerordentlichen Professor in der theologischen Fakultät der gedachten Universität ernannt worden.

* Posen, den 4. Januar. Das in Frankfurt aufgeführte Werk der Wiedergeburt deutschen Volkes ist aus seinen Fundamenten rasch genug emporgestiegen. Viele kundige Hände haben mit hingebendem Eifer daran gearbeitet und so gelangte man in der kurzen Zeit eines Sommers dahin, ungeachtet mancher unter den Bauleuten selbst vorübergehend ausgebrochener Spaltungen den Bau in seinen Hauptpartien erledigt, und dem vollständigen Abschluß nahe gebracht zu sehen. Verathen und festgesetzt sind die Grundrechte, ein bedeutender Theil der Verfassungsurkunde und es drängt bereits der Moment in dem so weit vorgeschrittenen Gewebe deutscher Vereinigung den letzten Knoten zu schürzen, das so weit geförderte Haus der deutschen Nation unter Dach und Fach zu bringen. Die Oberhauptfrage rückt ihrer gewichtigen Entscheidung immer näher. Wie diese Entscheidung ausfallen mag, läßt sich schwerlich im Voraus bestimmen; es wird davon abhängen, ob Eitelkeit, ob Intrigue, ob ungenügsame, verständige Rücksicht bei den Verathungen die Oberhand behält. Denn grade diese drei Potenzen werden mit aller Kraft, mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln des Witzes und der Ueberrückung gegen einander zu Felde rücken. Es sind der Vorschläge mancherlei auf die Tagesordnung gebracht worden, die sich sämmtlich unter die eine oder die andere der erwähnten Kategorien einreihen lassen. Bloß auf die Eitelkeit berechnet sind die Träume vom Wahlkaiser, vom Direktorium und vom Turnus. Jedes Gipsförmchen in deutschen Landen möchte sich gerne die Ehre vorbehalten bei gelegener Zeit auch einmal die auf dem Wogen tummelnde Arche der deutschen Nation auf seinem Rücken zu tragen; Lippe und Beringin, Lichtenstein und Bernburg halten sich vielleicht auch noch beschäftigt und berechnen, die Zügel der Reichsgewalt einmal in die Hand zu nehmen und aus der Residenz ihres in Taschenformat zugeschnittenen Ländchens die Geschichte der deutschen Nation zu lenken. Und in der That, wäre es bei Einsetzung des Reichsoberhauptes bloß auf eine Wiederverneuerung der mittelalterlichen „Kaiserpracht“ abgesehen, käme es bloß darauf an, dem vollendeten Dome der neuerstandenen Nationalalltags zu größerer Zierde eine vergoldete Kuppel aufzusetzen, läge dem an die Spitze der Nation Gestellten bloß die Pflicht ob, in würdevoll stattlicher Weise das Ganze zu repräsentieren, so wäre freilich wie etwa bei der Papstwahl nur die Persönlichkeit zu berücksichtigen und es ließe sich ohne Beeinträchtigung der Nationalinteressen mit dem eillen Selbstgefühl des Particularismus ein Abkommen treffen. Eine hinreichende Civilisirte wäre im Stande die Unterschiede des Hausvermögens zu nivellieren und den Thron des jeweiligen Erbkönigs mit stets gleichbleibendem Glanze auszustatten. Aber dem Reichsoberhaupt wird es voraussichtlich so gut nicht werden, dies von selbst fortsetzende Gediehen der Nation und ihrer Interessen in sorglosem Frieden nur so zu überwachen; es stehen bis zur vollständigen Durchbildung der Einheitsideen noch harte Kämpfe bevor, welche die ganze Thatkraft des Regenten in Anspruch nehmen werden und die Nation muß darauf sehen, daß der Gewählte außer dem festen Willen auch die kräftige Hand, die starke Hausmacht dem Reich als Mitgift bringe, um dessen Forderungen allenfalls für sich allein „gegen eine Welt von Feinden“ ins Werk setzen und bestreiten zu können. Diesem Anspruch gegenüber dürfte den Fürsten jener microscopischen Staaten, und nicht minder denen von Sachsen, Baden, Württemberg, Baiern die Lust verschwinden, ihr Auge zum Thronhimmel zu erheben, und sollte bei ihnen dennoch Eitelkeit jedes verständige Bedenken zurückdrängen, so werden die Bürger ihres Staates die gefährliche, ihnen verderbliche Ehre über kurz oder lang protestirend von der Hand weisen. Denn ist es schon schwer, mit unzulänglichen Mitteln im Verein der Großmächte die Rolle der kleinsten europäischen Großmacht zu spielen, so wird noch vielmehr der kleinere Staat, dem eine hegemonische Stellung über einen Complex größerer Staaten zufällt, in ein die Kräfte desselben vollständig und nutzlos auszufaugendes Verhältniß gerückt. Der kleinere an die Spitze gestellte Staat müßte, wenn ihm nicht eine besondere geistige Superiorität zur Seite steht — und man zweifelt, ob dies bei den Baiern z. B. der

Fall wäre — erfolglos seine Kräfte abarbeiten, um den durch die unnatürliche Vertheilung der Loose gesteigerten Widerwillen und Widerpruchsgeist der größeren, seiner Leitung unterworfenen Staaten zu brechen und das Reichsgebot gegen sie zur Geltung zu bringen. Bei sonst gleich gewogener intellectueller Befähigung mit seinen Bundesgenossen kann nur der materiell mächtigere Staat ohne Gefährdung seines Einzelinteresses der Leitung der Bundesangelegenheiten sich unterziehen. Wir glauben daher bei der vom Frankfurter Parlament so oft bewiesenen Unsicht und Klarheit allen den Projekten, die einer prunkfüchtig particularistischen Selbstgefälligkeit noch gerne eine Hinterthüre offen lassen möchten, die Verwerfung mit ziemlicher Gewissheit prognostizieren zu dürfen. Nur um die Wahl zwischen den beiden Großmächten des bisherigen deutschen Bundes wird sich der heiße Kampf entspinnen, dessen Resultat uns auch nicht zweifelhaft wäre, wenn man eben bei Fragen von so ausschlagender leidenschaftlicher Natur auf den Sieg des Rechts und der Vernunft überall mit Sicherheit zu rechnen vermöchte.

† Rogasen, den 3. Januar. Der Curiosität wegen theilen wir wörtlich ein amtliches Schreiben mit, welches der Lehrer Grünfeld, ein allgemein geachteter Mann, am 31. December v. J. spät am Abende erhalten hat: „Herrn Lehrer Grünfeld Wohlgebornen hier. Rogasen, den 31. December 1848. Indem wir Sie mit Bedauern davon in Kenntniß setzen, daß durch Aufkündigung der wohlhabenden und bemittelten Mitglieder der hiesigen Korporation, der Korporations-Verband sich auflöst, sehen wir uns veranlaßt unmittelbar als, da der Schulvorstand abdankte, nunmehrige nächste Behörde, Ihnen den Lehrerdienst bei der hiesigen Korporation zu kündigen mit der Bemerkung, daß Ihre Function vom 1. Januar k. J. ab aufhört. Der Korporations-Vorstand.“ (Folgen die Namen.) Am 31. December des Abends zeigt man einem tüchtigen und braven Lehrer an, daß mit dem 1. Januar sein Dienst aufhört! Wer steht unter solchen Umständen höher, die Wagn, der Knicht oder der Lehrer?!

PC Berlin, den 2. Januar. Ein gewisser Schmunn, welcher bei den Erfurter Unruhen verhaftet wurde, und jetzt auf dem Petersberge sitzt, soll bei seiner Vernehmung merkwürdige und umfassende Aufschlüsse über die geheimen Fäden des dortigen Aufstandes gegeben haben, wodurch Mitglieder einer bekannten Deutschen Landesversammlung arg kompromittirt sein sollen. Aus seinen Bekenntnissen geht hervor, daß der Erfurter Aufstand, der etwa 50 Menschenleben gekostet, mit — 1000, sage tausend Thlr. ins Werk gesetzt worden ist. — Das Mitglied der aufgelösten Nationalversammlung für den Kr. Reippen, Herr Peter Franz Reichensperger hat eine kleine Schrift herausgegeben, welche den Titel führt: „Die Preussische National-Verfassung und die Verfassung vom 5. Decbr. Belichtung der Ansprache des Abgeordneten Klobbertus an seine Wähler.“ (Berlin, Verlag von Wittwe Herz, Bessersche Buchhandlung). — Die Gründe des Herrn Klobbertus werden darin beleuchtet und Jeder, der am 7. September und noch von früherer Zeit her mit der Logik des Herrn Klobbertus Bekanntschaft gemacht hat, weiß, was das heißt, eine solche Logik beleuchten. Scharfe des Verstandes und Konsequenz wird auch der erbitterte Gegner Herrn Klobbertus nicht zur Last legen. Herr Reichensperger hat sich durchaus objektiv gehalten; seine Sprache ist maßvoll und würdig; für das betreffende Objekt, sowie im Allgemeinen wohl die angemessenste Sprache. — Der Glückwunsch des Königs an unser Heer, das sich wahrlich um das Vaterland verdient gemacht hat, gewinnt ein noch größeres Interesse, wenn man vernimmt, daß dieser Armeebefehl aus der Feder des Königs selbst geflossen ist.

Berlin, den 3. Januar. Dem Vernehmen nach wird beabsichtigt, bei der bevorstehenden Reorganisation der Rechtspflege die Gerichte von den mannigfachen Neben-Funktionen, durch welche sie zu Dienern der Finanzverwaltung erniedrigt wurden, gänzlich zu befreien. Man bezweckt, den Gerichten das Rassenwesen ganz abzunehmen und an die Stelle der bisher üblichen Sportulierung ein neues, hauptsächlich in der Erweiterung der Stempelplichtigkeit bestehendes, System zu setzen. Ein derartiger Vorschlag ist vor Jahren bereits durch den gegenwärtigen Chefpräsidenten des Oberlandesgerichts zu Ratibor, Hrn. Wenckel, dem damaligen Justiz-Minister Mähler vorgelegt worden.

— In verschiedenen Provinzialblättern war die Besorgniß ausgesprochen, daß die Reform des Justizwesens auch in der Weise ausgedehnt werden könne, daß mehrere kleinere Städte, die jetzt im Besitz großer Gerichte seien, derselben verlustig gehen würden. Diese Besorgniß ist, wie man vernimmt, ungegründet; vielmehr soll in Bezug auf die in dieser Beziehung vorgeschundenen Verhältnisse überall Rücksicht genommen werden. In Betreff des dem Könige jetzt vorliegenden Gesetzes wegen Einführung der Geschworenengerichte erfährt man, daß dasselbe ganz auf die Französischen Grundsätze basiert werden soll.

Potsdam, den 1. Januar. Der Minister des Innern hat an die Regierungen folgendes Circular-Rescript vom 26. v. M. erlassen: Es sind mir in neuerer Zeit mehrfach anonyme Schreiben zugegangen, in welcher über Beamte wegen pflichtwidrigen Verhaltens oder wegen Mangels an Energie Beschwerde geführt und die Entfernung der Schuldigen vom Amte verlangt wird. Ich halte es nun allerdings für Pflicht, an das Benehmen der öffentlichen Beamten

einen strengen Maßstab anzulegen, und werde eine Beschwerde, sie möge ausgehen von wem sie wolle, der gründlichsten Erörterung unterziehen: dagegen aber glaube ich es sowohl dem Beamtenstande, wie dem Publikum, schuldig zu sein, daß solchen Anklagen, deren Ursprung nicht einmal zu ermitteln ist, welche von Hause aus in Dunkel sich hüllen, keine Folge gegeben wird. Nur in Zeiten der Anarchie und Gesetzlosigkeit mag vielleicht die Besorgniß, Verfolgungen ausgesetzt zu werden, gegen welche kein Schutz zu erlangen wäre, es entschuldigen, wenn der Ankläger seinen Namen verschweigt. Gegenwärtig aber, wo die Herrschaft des Gesetzes überall hergestellt ist, und die Behörden dieselbe bei Vermeidung der strengsten Ahndung aufrecht zu erhalten verpflichtet sind, würde es, abgesehen von der Schwierigkeit, welche die Anonymität des Beschwerdeführers der Feststellung des Thatbestandes entgegensetzt, der Würde der Regierung nicht angemessen sein, auf Denuncationen einzugehen, deren Urheber das Licht scheuen. Ich nehme daher keinen Anstand, auszusprechen, daß anonyme Anzeigen meinerseits keine Berücksichtigung finden werden, und erwarte ein gleiches Verfahren von den Behörden meines Ressorts. Die letzteren werden überdies dem geschäftigen und eintretenden Denunciationswesen dadurch am kräftigsten Einhalt thun, daß sie demselben durch strenge und furchtlose Pflächterfüllung, so wie durch energische Handhabung des Gesetzes jeden Vorwand rauben.

△△ Breslau, den 1. Januar. Zwei Nachrichten beschäftigen lebhaft den kleinen Theil des hiesigen Publikums, zu dessen Kenntniß sie bis jetzt gelangt sind. Die erste ist ein Antrag des Staats-Anwalts auf Einleitung der Kriminal-Untersuchung gegen einen der Breslauer früheren Deputirten, der nicht allein für die Steuerverweigerung gestimmt, sondern auch durch Wort und Schrift bemüht gewesen ist, für die Ausführung dieses Beschlusses hier und in der Provinz zu wirken; und des in Betreff jenes Antrages vom Kriminal-Senat des hiesigen Ober-Landes-Gerichts in einer am Freitag, den 29. v. M. abgehaltenen Plenar-Sitzung gegen nur eine dissentirende Stimme ausgesprochenen Beschlusses: daß die vorangeführten Thata keinen Grund zur Einleitung einer Kriminal- oder überhaupt einer Untersuchung abgeben könnten, der Antrag des Staats-Anwaltes sonach zurückzuweisen sei.

Die zweite besteht in einer Aufforderung des Ministers Mantuffel an den Ober-Präsidenten Pinder, baldigst um seinen Abschied einzukommen, da anderen Falles auch gegen ihn mit Einleitung der Kriminal-Untersuchung vorgeschritten werden müsse, und soll die Antwort des Letzteren dahin ausgefallen sein, daß er zwar bereits im Begriff gestanden habe, sein Abschiedsgesuch einzufenden, nach dem Eingange dieser Aufforderung er dasselbe aber nicht allein nicht abgeben werde, sondern auch die Einleitung der angeordneten Untersuchung um so dringender fordern müsse, als jeder der Schritte, die er gethan habe, auf das Wohl des Staates berechnet gewesen sei.

Das Tagesgespräch bilden übrigens die bevorstehenden Wahlen, und die sich täglich mehrenden größeren Diebstähle.

Sinnsichts der ersten entwickeln alle Parteien eine bedeutende Thätigkeit, und während von Seiten vieler constitutionell gesinnter Arbeitgeber ihren Arbeitern bereits angekündigt worden sein soll, daß ihre sofortige Entlassung erfolgen würde, sofern sie ihre Stimme einem anderen, als dem vom Herrn ihnen zu bezeichnenden Wahlmann geben, berufen die demokratischen Vereine fast allwöchentlich Arbeiter-Versammlungen, die ziemlich stark besucht sind, und in denen Redner, wie der frühere Abgeordnete Stein u. Alles anwenden, ihren Interessen entsprechende Wahlergebnisse zu erzielen.

Was die Diebstähle anbelangt, so vergeht keine Nacht mehr, in welcher nicht ein größeres Verkaufslokal, selbst in den belebtesten Stadttheilen gewaltsam erbrochen und ausgeräumt würde, ja in der letztverwichenen Nacht ist sogar ein derartiger Angriff auf eine königliche Kasse, im Spezial-Steuer-Amte unternommen worden, und kann es nur einer zufälligen Störung zugeschrieben werden, daß die Diebe den baaren Kassenbestand nicht bekommen haben, nachdem im Innern des Lokals bereits Schränke und Kisten mit Stempel und anderen Papieren gewaltsam erbrochen worden waren.

Frankfurt, den 28. Dec. Im Club Milani (äußerste Rechte) hat von Radowicz betreffs der Oesterreichischen Sache die Ansicht verbreitet, daß drei Kreise staatlicher Gestaltung gezogen werden müßten, deren erster Deutschland ohne Oesterreich (in sich bundesstaatlich geeinigt), deren zweiter weiterer diesen Deutschen Bundesstaat sammt den Deutschen Provinzen Oesterreichs (zum Staatenbunde verknüpft), deren dritter endlich diesen Staatenbund wiederum mit dem niederdeutschen Oesterreich zusammengeschlossen enthalten sollte. Diese Ansicht, welcher selbst schon der Gager'sche nicht allzusehr steht, ist dennoch in jenem Club, wie wir hören, lebhaft, namentlich von Binde bekämpft worden, und schließlich soll die überwiegende Stimmung des Clubs sich einer rückhaltlosen Unterstützung des Gager'schen Programms zugeneigt haben. Bei der strengen Disciplin, welche in jener Gesellschaft herrscht, darf man ziemlich sicher darauf zählen, daß, wenn auch nicht alle die 50 Stimmen, über die sie gebietet, für Gager sind, doch nicht die abweichenden gegen ihn in die Waagschale fallen werden. — Die Partei Jürgens — etwa 15 Köpfe stark, — ist im Wesentlichen auch nichts weniger als zu einer systematischen Opposition gegen Gager entschlossen und wird am Ende zum größeren

theile ebenfalls mit ihm gehen. Das Casino in seiner jetzigen Gestaltung, der Landsberg, der Augsburger Hof werden wohl beinahe einmütig für Bayern stimmen; denn selbst von den Bayern, die zu diesen Fraktionen gehören, ist die Mehrzahl zu patriotisch und von der richtigen Einsicht in die Lage der Verhältnisse zu sehr durchdrungen, um nicht ihre specifisch bayerischen Sympathien und Antipathien in den Hintergrund zu drängen. Manchem noch Schwankenden haben die neuesten Vorgänge in Bayern, der Sturz des Ministeriums Lerchenfeld und der Ausfall der Landtagswahlen die Augen darüber geöffnet, was Bayern zu erwarten habe, wenn es, statt sich fest an die Deutsche Einheit anzuschließen, den separatistischen Tendenzen gewisser nach Herrschaft strebenden Parteien sich in die Arme wüfse. — Diese drei Clubs zusammen kann man noch immer — trotz des Austritts eines Theils der Oesterreicher und der Partei Jürgens — auf nahe an 200 anschlagen. Dazu endlich bereitet sich eine Veränderung der Richtungen im Württemberger Hof und im Westendhall vor. Von beiden Gesellschaften kann man wohl nahezu die Hälfte — also etwa 40 bis 50 — als den Ausführenden des bayerischen Programms, wenn nicht vollständig gewonnen, doch mehr und mehr sich befreundend annehmen. Ja, wenn wir recht unterrichtet sind, so gewinnt selbst noch weiter links hin die Idee der Preussischen Hegemonie immer mehr Anhänger, welche natürlich dann den bayerischen Ansichten nicht wohl widerstreben können.

Frankfurt, den 30. Dez. Man wird sich erinnern, daß zur Zeit der Wiener Katastrophe der Fürst von Leiningen bestimmt war, als Reichskommissär nach Oesterreich zu gehen, um das Verhältniß Oesterreichs zur Generalgewalt vollständiger zu ordnen, als es den Herrn Welcker und Mosle gelingen konnte. Hr. v. Schmerling kündigte in der deutschen Nationalversammlung die Mission des Fürsten von Leiningen an, erklärte aber später, daß der designirte Reichskommissär den Auftrag abgelehnt habe. Gründe für diese Ablehnung wurden nicht angegeben. Es verhält sich damit folgendermaßen. Fürst Leiningen hatte durch Hr. v. Schmerling eine Instruktion erhalten, die ihm völlig unannehmbar schien, weil sie in ganz allgemeinen unbestimmten Ausdrücken gehalten war und dem Reichskommissär überdies die Pflicht auferlegte, lediglich den Weg der Vermittelung zu betreten, ohne seinem Ansehen als Reichskommissär durch Verfügungen irgend welcher Art Geltung zu verschaffen. Gegen diese Instruktion remonstrirte Fürst Leiningen und hob insbesondere hervor, daß wenn es sich nur um Unterhandlungen mit der österreichischen Regierung über das Verhältniß Oesterreichs handle, und ein selbstständiges Einschreiten der Centralgewalt in die österreichischen Verhältnisse ausgeschlossen sei, es passender sein würde, einen Gesandten, nicht aber einen Reichskommissär nach Oesterreich zu schicken. Fürst Leiningen verlangte zugleich, daß seine Remonstration dem Reichsministerkonsel zu weiterer Erwägung vorgelegt werde. Letzteres geschah indeß nicht; vielmehr zog es Herr v. Schmerling vor, den Fürsten von Leiningen ohne Weiteres abschlägig zu becheiden. (D. Z.)

Frankfurt, den 30. Dez. Das heute erschienene „Reichsgesetzblatt“ enthält das Finanzgesetz für die Monate September, Oktober, November und Dezember 1848. Der Reichsverweser in Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung vom 22. Dez. 1848, verkündet als Gesetz: Art. 1. Den Reichsministerien wird für die Ausgaben der Monate September, Oktober, November und Dezember ein Kredit von 10,518,632 Fl. 32 Kr. bewilligt. Die Verwendung dieses Kredits ist durch anliegenden Etat festgesetzt. Art. 2. Zur Deckung dieses Kredits sind bestimmt: 1) die Baarbestände und Ausstände früherer Umlagen, sowie am 31. Aug. 1848 vorhandenen verzinstante Reichsgelder; 2) die Vorkontingentalumlagen vom 30. September (Reichsgesetzblatt Nr. 3.), vom 19. Oktober (Reichsgesetzblatt Nr. 4.) und vom 27. Novbr. 1848 (Reichsgesetzblatt Nr. 7.) im Betrage von 10,301,166 Fl. — nach Ausweis des befolgenden Etat; 3) eine auf den Grund dieses Gesetzes auszuführende Matrikularumlage im Betrage von 217,456 Fl. 32 Kr. Art. 3. Die Nachweisungen über die Verwendung dieser Kredite sind der Reichs-Versammlung vorzulegen. Frankfurt, den 22. Dezember 1848. Der Reichsverweser Erzherzog Johann. Der Reichsminister der Finanzen. v. Beckerath.

Dresden, den 28. Decbr. Se. Majestät der König haben beschloffen, zu einem in Gemäßheit §. 115. der Verfassungsurkunde abzuhaltenden ordentlichen Landtag die Kammern auf den 10. Jan. künftigen Jahres in die Residenzstadt Dresden einberufen zu lassen.

Gießen, den 26. Decbr. Der hiesige constitutionelle Verein hat sich nicht begnügt, seinerseits sich in einer Adresse an die versammelte Nationalversammlung auszusprechen, daß Preußen an die Spitze Deutschlands zu rufen sei, sondern auch den Centralausschuß aller constitutionellen Vereine in Hessen und Nassau aufgefordert, an sämtliche verbundene Vereine die Mahnung zu ergehen zu lassen, sich ebenfalls in dieser Frage auszusprechen. In Folge davon und in Uebereinstimmung mit dem Nationalverein zu Kassel hat der Centralausschuß die verbundenen Vereine gebeten, entweder direkt sich bei der Nationalversammlung zu erklären, oder ihm ihre Ansicht mitzutheilen, um dann im Namen aller Vereine weitere Schritte thun zu können. Bereits ist nun von dem Volksverein in der oberen Wetterau die entschiedene Erklärung eingegangen, daß man dort ebenfalls Preußen an die Spitze Deutschlands gestellt wünsche.

Kassel, den 27. Dez. Wir können Ihnen aus zuverlässiger Quelle mittheilen, daß die Centralgewalt zu Frankfurt die Vertheilung der Schleswig-Holsteinischen Küsten angeordnet hat. Es sollen die Strandbatterien in so ausgedehntem Umfange errichtet werden, daß man 200 Kanonen dazu verwenden muß. (Han. Z.) Wie wir vernehmen, werden in Brüssel zum obigen Zweck Kanonen angekauft. (D. Z.)

München, den 26. Dec. Die Verhandlungen mit dem von Frankfurt hierher berufenen Herrn. von Schrenk sind seit gestern definitiv abgebrochen. Er selbst hat so viel Einsicht in die Dinge bewiesen, daß er von Anfang an bis zum letzten Augenblick auf jedes Portefeuille verzichtet hat, sowohl auf das verbundene des Inneren mit dem des Kultus, als wie bloß das des Innern, wovon auch die Rede gewesen ist. Nun ist nur noch ein Kandidat auf dieser Seite (der so genannten ultramontanen) in Aussicht, und that-

sächlich ist derselbe durch ein königliches Handbillet hierher berufen worden, sei es, daß ihn dasselbe in Würzburg oder in Frankfurt trifft. Der Auserkorene ist Professor Edel aus Würzburg, Mitglied der Kammer der Abgeordneten seit dem Jahre 1846, wo er Hr. v. Abel's intelligenter und treuester Vertreter war, und seit neuer Parlaments-Abgeordneter. Hr. Professor Edel ist auch von seinen politischen Gegnern geachtet, und eben so muß Feind wie Freund seine geschäftliche Tüchtigkeit anerkennen. (R. Z.)

München, den 26. December. Heute ist eine Depesche nach Würzburg oder Frankfurt abgegangen, um je nach seinem Feiertags-Aufenthalte da oder dort dem Professor Dr. Edel die Einladung von Seiten des Königs zu überbringen, durch Uebernahme des Portefeuille des Innern unserer stündlich drückender werdenden Minister-Krisis ein Ende zu machen. Baron v. Schrenk war, wie wir aus zuverlässiger Quelle wissen, wirklich zuerst im Vorschlage, hat aber selbst aufs bestimmteste auf jede Kandidatur verzichtet. Professor Dr. Edel war 1846 und 1847 neben Dr. Döllinger der befähigste und gewandteste Kämpfer auf der Seite und an der Spitze des Ultramontanen, ja ohne Dr. Edel würde damals Herr v. Abel höchst wahrscheinlich den vereinigten Parteien der Liberalen und Aristokraten in beiden Kammern erlegen sein. Aber Professor Edel ist in allen nichtkonfessionellen Fragen ein Mann der Zeit, des ehrenvollen Charakters, und was die Hauptsache ist, er kennt die Verwaltungs-Maschine vom Fundament aus. (D. N. Z.)

Nach einem seit gestern vielfach verbreiteten Gerüchte wäre eine Easfette an Freiherrn v. Lerchenfeld gesendet worden, um ihn hierher zurückzuberufen. Nach einem anderen Gerüchte soll auch Freiherr v. Classen, der vor wenigen Wochen in außerordentlicher Sendung nach Olmütz ging, schleunig hierher berufen sein. (N. E.)

München, den 27. December. Von den in den jüngsten Tagen mehrfach erwähnten Ministercandidaten wird heute insbesondere Prof. Edel sehr häufig im Publikum genannt. In der That soll derselbe hierher berufen und schon Aussicht vorhanden sein, daß er annehmen werde. Wird derselbe Minister des Innern, so erscheint, abgesehen von seiner parlamentarischen Thätigkeit auf unseren letzten Landtagen, besonders sein Wirken in der Nationalversammlung in Frankfurt von großer Wichtigkeit für uns. Ich möchte in dieser Beziehung für heute nur anführen, daß Prof. Edel zur Partei des Casino gehört, deren Programm „Festhalten an dem Beschlusse der Nationalversammlung vom 27. Mai“ (Ravaux'scher Antrag) aufstellt. Diesem treu, hat daher auch Edel vorige Woche bei der Berathung über das Einführungs-gesetz für die Grundrechte gegen den Antrag Gombart's und für das Gesetz gestimmt. Da von einem so ehrenhaften Character, wie Edel, nicht anzunehmen ist, er werde als Minister anders handeln, als er als Abgeordneter gestimmt hat, so erschiene seine Ernennung zum Minister als ein Aufgeben der Richtung, die man hier der Nationalversammlung gegenüber eingeschlagen hat, ein Umstand, der mir vorerst nicht sehr wahrscheinlich erscheint.

Stuttgart, den 26. Dec. Nachdem sich Württemberg seit mehr als 20 Jahren an Ueberschüsse beim öffentlichen Haushalte als an eine ganz natürliche Erscheinung gewöhnt hatte, ist an die Stelle derselben in diesem Jahre ein Deficit von mehr als 3 Mill. Gulden getreten, welches nicht so schnell wieder einem günstigen Finanzzustande Platz machen wird. Hoffen wir, daß es der Finanzkommission gelingen wird, vor allem die vier Bedingungen in Erfüllung zu bringen, welche sie zu einer glücklichen Beseitigung der Krisis vorschlägt. Dieselben sind 1) die Kosten, welche aus dem Begriffe eines selbstständigen Königreichs erwachsen sind, deren Verwendung einen Schein von Größe und Macht erzeugte, welche dem Wesen nach nicht vorhanden war, beträchtlich zu vermindern; 2) die Vereinfachung des Staatshaushalts und seiner Reorganisation auf volksthümlicher und volkswirtschaftlicher Grundlage; 3) die Ordnung des Geldverkehrs, die Hebung des Credits und die Anbahnung eines gerechten Steuersystems; 4) die Stärkung der durch Verarmung und Bevormundung geschwächten sittlichen Kraft des Volkes.

Vom Maine, den 29. Dec. Außer dem Könige von Württemberg hat, sicherem Vernehmen nach, jetzt auch der Herzog von Nassau sich für die Preussische Erbkrone erklärt. — Ritter Bunsen in London hatte, da er mit der Ausfertigung der Vollmacht nicht ganz einverstanden, Anfangs gezögert, die Vertretung des Deutschen Reiches in London zu übernehmen. Die betreffenden Anstände sind Seitens seines Hofes beseitigt worden.

Sigmaringen, den 21. Dec. So eben ist folgendes Schreiben an das hiesige Stadtbürgermeisteramt eingelaufen: Frankfurt a. M. den 16. Dec. Das Reichsministerium des Kriegs an das Stadtbürgermeisteramt zu Sigmaringen. Das Reichsministerium des Kriegs eröffnet dem Stadtbürgermeisteramt zu Sigmaringen und den Vorstehern der übrigen mit Einquartierung bisher belegten Gemeinden des Fürstenthums Hohenzollern-Sigmaringen, auf ihr am 10. d. M. eingegangenes Gesuch, daß die militärische Besetzung des Fürstenthums bereits bis auf 2 Compagnien, mithin so weit ermäßigt worden ist, als es die für die Wiederherstellung und Befestigung eines gesunden Zustandes nöthig erscheinenden Rück-sichten irgend zulassen. Eine weitere Ermäßigung der Einquartierungs-last würde einer völligen Aufgabe der Besetzung gleich zu erachten sein, und muß daher von dem ferneren Verhalten des Landes abhängig gemacht werden, wie denn überhaupt die von der Centralgewalt verfügten militärischen Maßregeln ihren Grund nur in dem geschlossenen Zustand des Fürstenthums hatten. Der Reichsminister des Kriegs. Pencker.

Wir erfahren aus sicherer Quelle, unser Reichsabgeordneter Wirth habe nach Frankfurt berichtet, daß „das Volk im Fürstenthum Sigmaringen“ aufhören wolle, einen eigenen Staat zu bilden, und in Rücksicht auf das bismarckische liberale Ministerium mit Württemberg vereinigt zu werden wünsche. Das Sigmaringer Verordnungsblatt, welches dieses mittheilt, fügt seinerseits bei, daß in allen Kreisen, wo es zur Wahrnehmung der Gesinnungen der Sigmaringer

Gelegenheit gehabt habe, nicht ein Mann der Sache des Anschlusses an Württemberg das Wort gesprochen habe, und in einzelnen Gegenständen des Landes Petitionen im gegentheiligen Sinne verbreitet werden.

Wien, den 29. December. (Spen. Ztg.) Der bekannte Reichstags-Deputirte Rudlich, welcher sich in unseren Revolutions-tagen durch die Bauern-Emancipation, noch mehr aber durch seine Missionen an die Provinzen, um die Bauern zu einem Landsturm gegen die bestehende Regierung zu vermögen, einen so traurig berühmten Namen gemacht hat, soll sein Mandat als Deputirter niedergelegt haben. — Die heutigen Berichte aus dem Hauptquartiere des Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz sind von Raab, von gestern Morgens. Die feigen Magyaren hatten vorgestern alle Verschanzungen verlassen und die Stadt geräumt. Unsere Truppen zogen unter ungeheurem Jubelgeschrei der erlösten Einwohner ein. Durch die glänzenden Manöver des Fürsten und des Banus wurden die Magyaren zum Rückzuge genöthigt, und stießen theils auf der sogenannten Fleischhaker Straße, theils über Comorn gegen Pesth. Die Straßen sind mit aufgelösten Freischaaern und Landsturm bedeckt. Güns, Steinamanger, Pava sind von den kaiserlichen Truppen besetzt. Parcell wird sicherlich seinem Schicksal nicht entrinnen. Die Bewohner der bis jetzt besetzten Städte und Dörfer schreien laut um Rache gegen die sogenannte höllische Fraktion. Die k. Truppen haben die fliehenden Magyaren bei Atsch noch zu erreichen versucht, allein, obgleich sie einen Augenblick Stille hielten, so zerstreuten sie abermals bei dem ersten Kanonenschuß. Zwei Bataillone des Infanterie-Regiments Kaiser Alexander und zwei Schwadronen Ufaren verließen gestern die fliehenden Magyaren und steckten die kaiserl. Farben auf. Unausföhllich rückt jetzt Fürst Windischgrätz gegen Pesth, das seinen Befreier ebenso wie alle anderen Städte erwartet.

Kremsier, den 23. Dec. Die erste Lesung der Oesterr. Grundrechte in der Reichstags-Sitzung vom 22. geschah unter feierlicher Stille des Hauses, die nur bei einzelnen §§ durch großen Beifall unterbrochen wurde, namentlich bei den Bestimmungen über Verbannung des Jesuiten- und Liguorianer-Ordens, über die Gleichberechtigung aller Religionen, über die Gestaltung gemischter Ehen jeder Art, über Volksbildung und Trennung der Schule von der Kirche, über Pressefreiheit, Gleichberechtigung der Nationalitäten und über die Gemein-derechte. Die zweite Lesung wurde einstimmig beschlossen. Schluß-felka beantragt darauf, daß hohe Haus möge den Wunsch aussprechen, daß der Verfassungsausschuß in der Art seine Arbeiten beschleunige, daß am 15. März die Constitution beschworen werden könne. Unter großem und allgemeinem Beifall erhob sich das ganze Haus für diesen Antrag.

Olmütz, den 26. Dec. Die laut gewordene und auch von mir ausgesprochene Befürchtung, der Entwurf der Oesterreichischen Grundrechte werde aus dem mit dessen Ausarbeitung betrauten Ausschusse beschränkt und verstümmelt hervorgehen, bestätigt sich glücklicherweise nicht. Ich theile Ihnen das Wesentlichste daraus mit: Alle Staatsgewalten gehen vom Volke aus und werden auf die in der Constitution festgesetzte Weise ausgeübt. Das Volk ist die Gesamtheit der Staatsbürger. Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze. Alle Ständesvorrechte, auch die des Adels, abgeschafft. Ausländer sind vom Eintritt in Civildienste und in die Volkswehr ausgeschlossen. Die Freiheit der Person gewährleistet. Die Todesstrafe für politische Vergehen abgeschafft. Das Hausrecht unverletzlich. Das Recht der Petitionen unbeschränkt. Von Staatswegen wird die Freiheit der Auswanderung nicht beschränkt. Die Oesterreichischen Staatsbürger haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln, ohne alle behördliche Bewilligung Vereine zu bilden, insofern Zwecke und Mittel der Vereinigung weder rechtswidrig noch staatsgefährlich. Keine Kirche (Religionsgesellschaft) hat Vorrechte. Niemand ist zu religiösen Handlungen gezwungen. Die Wissenschaft und ihre Lehre frei. Allgemeine Volksbildung. Jedermann hat das Recht, seine Gedanken frei auszusprechen, zu schreiben und dem Druck zu übergeben. Keine Censur. Zum Schutz des Staates und der Konstitution besteht die Volkswehr. Jeder Staatsbürger ist zum Dienste im Heere verpflichtet. Das Heer untersteht den bürgerlichen Gesetzen und Gerichten. Alle wehrhaften Bürger, die nicht im Heere dienen, haben gleiche Rechte und eine gleiche Pflicht zum Dienste in der Nationalgarde. (Leipz. Z.)

Semlin, den 22. Decbr. Der Patriarch hat einen brüderlichen Ruf unterm 18ten d. an das Volk des Fürstenthums Serbien erlassen, worin er die Serbier zur schleunigen Hülfeleistung in großen Massen auffordert. Diese Proklamation ist bei den jenseitigen Serben mit günstigem Erfolg gekrönt worden, denn die Serbier rüsten sich in großen Schaaren und sind schon auf dem Wege, um sich mit den Oesterreichischen Serben zu vereinigen. Gerüchweise vernimmt man, daß auch der Sultan den Serbier nicht nur gestattet hat, den Oesterreichischen Serben öffentlich zu Hülfe zu ziehen, sondern dieselben sogar auffordert, ihre Nachbarn und Brüder werththätig zu unterstützen.

Agram, den 24. Dec. Nach so eben aus der Serbischen Boivodschast hierorts eingelangten Nachrichten haben die Serbischen Heerschaaren unter Auföhrung des bekannten Helden Knicanin im Banate einen großen Sieg über die Magyaren davongetragen. Wie schon bekannt sein dürfte, hatten die aus Siebenbürgen schmachvoll verdrängten Truppen der letzteren bei Großwardein sich wieder gesammelt, — und um doch irgendwo anders Vorbeern zu ernten, die ihnen das Mißgeschick in dem Lande der „Union“ nicht gönnte, — warfen sie sich nun mit aller Macht auf den Süden, auf die verhassten Serbischen „Barbarenhorden“ (die offizielle Benennung der Serbischen Truppen in Magyarschen Blättern), die sich erkönnen, auf dem Boden des großen, souverainen Magyarenvolkes eigenes Land, und eigene Existenz in Anspruch zu nehmen. Da sie mit einer bedeutenden Uebermacht erschienen, so gelang es ihnen freilich, das Ser-

bische Lager von Alibunar einzunehmen, und die an Zahl schwachen Serbischen Truppen bis nach Neuborf zurückzuwerfen, wobei sie das Dorf Alibunar selbst und das nahegelegene „Neuborf“ einäscherten. Doch bald kam Anicatin aus dem Lager von Tomassewac den Bedrängten zu Hilfe, und da glückte es ihm, nachdem er durch eine begeisterte, fröhliche Rede den Muth der Seinigen entflammt und die Offensive ergriffen hatte, — die Magyarischen Schaaren vollständig zu schlagen. Dabei fielen ihm 5, nach andern Angaben 12 feindliche Kanonen, und mehrere Munitionswagen als gute Beute sammt 800 Gefangenen in die Hände.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 30. Dec. Nationalversammlung. Sitzung vom 29. Dec. Der Präsident Marrast eröffnet die Sitzung um 2 Uhr. Das Protokoll wird vorgelesen, aber eine unbeschreibliche Aufregung herrscht auf allen Bänken. Die Ministerkrise ist in Aller Munde. Victor Grandin vor der Tagesordnung: Ich glaube, beginnt er, daß bei der gestrigen Salzdebatte Irrthümer obgewaltet (Ja! Ja! Nein! Nein!) Diese Irrthümer beziehen sich vorzüglich auf die Desjoberischen Anträge, rücksichtlich der Zollgesetze für ausländische Salze. Der Redner zerlegt die Skala und meint, die Nationalversammlung werde sich wohl somit genöthigt sehen, auf ihre gestrige Entscheidung wegen der gestrigen Douanen-Instruktion zurückzukommen und dieselbe zu modifizieren. Souffray: Das Gesetz ist votirt und reißt eine große Bresche in unsere Finanzen. Diese Lücke muß schleunigst ausgefüllt werden. Ich beantrage also, daß man die Finanzentwürfe auf die Tagesordnung der nächsten Woche setze und nicht früher ablasse, bis sie erledigt sind. Während dieser Zeit möge der Finanzminister eine neue Salz-Angelegenheit vorlegen. (Oh! Oh! Nein!) Dupin der Ältere erinnert die Versammlung (Oh! Oh! Nein!) Dupin der Ältere erinnert die Versammlung an ihre Verfassungs-Debatte und versichert dieselbe, daß wenn sie eine Constituant wäre, der Präsident von dem ihm, laut Art. 58 zustehenden Veto Gebrauch machen würde. (Hier entstand ein fürchterlicher Tumult, der jedes Verstehen unmöglich machte. Von allen Seiten: zur Ordnung! zur Ordnung!) Aber wenn uns auch dieses Veto nicht nützen könnte, so sei doch das Salzgesetz nicht drei Male gelesen worden, wie dies Artikel 41 vorschreibe. Es sei dies nur zwei Male geschehen. (Der Tumult erdrückte die Stimme des Redners.) Senard bekämpft diese Deduktion. Artikel 41 sei keineswegs anwendbar u. s. w. Der Zwischenfall ist erledigt. Beaune bittet seine Italien betreffende Interpellation erst morgen zu gestatten. (Wird genehmigt.) Die Versammlung genehmigt dann die Kredite für den Feldzug in Plata. Lerebours hatte bekanntlich darauf angetragen: eine amtliche Zeitung zu gründen, die unter der Aufsicht des Justizministers lediglich die Debatten des Parlaments mit größerer Genauigkeit und Schnelligkeit bringt und im Erbaue der Nationalversammlung selbst gedruckt würde. Bureau de Puzi bekämpft aber den Plan als unausführbar und zu kostspielig. Er rath der Versammlung, ihre Verträge mit Herrn Panchoude nicht zu kündigen, sondern fortzusetzen. Er spricht eine Stunde. Hubert de Vile unterbricht die Debatte durch Ueberreichung seines Ausschuß-Entschlusses über die Anträge, in Gemäßheit des Art. 41 der Verfassung, alle Gesetzesentwürfe, gleich dem britischen Parlament, drei Mal zu berathen. (Von vielen Seiten: ah! ah!) Chauffour protestirt gegen dieses Entschließen; der Vorredner sei gar nicht Berichterstatter. Diese Einrede erregt einigen Skandal, der aber beigelegt wurde. Der Bericht wurde zum Druck gewiesen. Du Ruel, Berichterstatter des Lerebourschen Planes, besteigt die Bühne und will einen langen Vortrag zu dessen Gunsten beginnen, allein Alles rief: Auf morgen! Auf morgen! Die Debatte wurde um 6 Uhr vertagt und die Sitzung geschlossen.

— Sitzung vom 30. Dec. Vicepräsident Corbon führt den Vorsitz und eröffnet die Sitzung erst kurz vor 3 Uhr. Nach Vorlesung des Protokolls zieht Corbon als Präsident die monatliche Erneuerung der Bureaus oder Abtheilungen durchs Loos. Die Versammlung nimmt die gestern Abend abgebrochene Debatte über Gründung eines amtlichen Blattes zum schnelleren Druck der Parlaments-Diskussionen wieder auf. Die Versammlung verwarf den Antrag. Dieser Verathung folgt eine Debatte über verschiedene Ernennungen in dem Heere, welche als Bevezugungen angegriffen werden. Sie geschahen vom 1. Mai bis zum Novbr. 1848. Delndre will im Namen des Ausschusses gar nicht bestreiten, daß einzelne Sprossen in der hierarchischen Stufenleiter von dem Grinister Lamoricière übersprungen worden sein mögen; er möchte jedoch sie durch die Umstände (Junitags-Verdienste) gerechtfertigt wissen. Darum bevorwortete der Ausschuß ihre Bestätigung durch die National-Versammlung. Die Ernennungen werden genehmigt. Theodor Bac (vom Berge) regt die Amnestie der Mai- und Junigefangenen an. Odilon Barrot erklärt, daß er diesen Gegenstand dem Grinissen des Präsidenten überlassen. Das Ministerium könne die Maßregel nicht bevorworten; es habe beide Elemente der Gesellschaft zu berücksichtigen. Der Minister sprach sehr hart und lange in Erwiderung Bac's über die Amnestiefrage. Man will uns, sagt er, die Amnestie durch Drohung abzwängen. (Oh, oh!) Sie beschäftigen alle Gemüther anhaltend, aber auch das Andenken an die Möglichkeit der Rückkehr von Junitagen beschäftigt die Gemüther noch viel mehr. (Beifall zur Rechten.) Man wirft ein, daß gegen die Insurgenten keine Gerechtigkeit geübt worden sei. Sind sie nicht laut eines Dekretes der National-Versammlung selbst deportirt worden? Von ihr hängt also auch das fernere Schicksal derselben lediglich ab. Das Ministerium kann und darf nichts wagen. Bac verlangt daß man den nächsten Dienstag zur Debatte über die Amnestie ansetze. Die Versammlung verwirft jedoch diesen Antrag und geht zur Ta-

gesordnung (Petitionsberichten) über. Nach Anhörung eines Stopes von Petitionen wird die Sitzung um 5½ Uhr aufgehoben. Corbon liest die Tagesordnung für den Dienstag vor; es treten also zwei Feiertage ein.

— Während die knapp sechsmonatliche Regierung des Generals Cavaignac über unser wechselvolles Volk und Land bereits an ihr Ende gelangt ist, hat sich dieser tapfere Krieger ein anderes friedliches Verdienst um Frankreich, vielleicht um die Geseßung der Welt, im Stillen erworben, mit dem sein Name noch ehrenvoll in der Geschichte der Menschheit genannt werden wird, wenn bereits seine blutigen Lorbeeren in Vergessenheit geriethen. Gleich nach der Bestigung des Juni-Aufbruchs, des gefahrdrohendsten, den Paris jemals erlebte und ohne rasch Truppen herbeiführende Eisenbahnen schwerlich gedämpft haben würde, sah der durch dessen Wogen an die Spitze der Nacht gehobene General Cavaignac bald ein, daß hier nicht mit Gewehr und Pulver, sondern mit Waffen des Geistes gegen die irre geleiteten, verblendeten, von den Lehren des Sozialismus und Kommunismus vergifteten Arbeiter gekämpft werden müsse. Er berief schon am 15. Juli den mit dem Gewerbetreiben Frankreichs und Großbritannien so vertrauten Hrn. Charles Dupin, glücklicherweise derzeitigen Präsidenten der Academie der moralischen und politischen Wissenschaften, zu sich, um mit ihm die Mittel zu berathen, vermittelt dieser Körperschaft die unglücklichen jetzt besetzten Arbeiterklassen, über ihre wahren und dauernden Vortheile aufzuklären, über die ihnen vorgespiegelten Blendwerke falscher Weisheitslehren zu entläschen und das in seiner kräftigsten Bevölkerung aufgeregte Frankreich wieder zu beruhigen. In Folge der ehrenvollen Berufung des Regierungshauptes an die Academie zum geistigen Kampfe gegen verderbende Grundsätze, die in zahllosen Flugblättern von den Wählern verbreitet wurden, versammelte Herr Dupin schon am Tage nach dieser Verathung die Academie, welche freudig die ihren wichtigsten Zwecken so entsprechende Mission übernahm, und sich einhellig zum Streite für die Geseße und die Geseßung verband. Es ward ein Ausschuß von fünf ihrer Mitglieder (Cousin, G. von Beaumont, später an seiner Stelle A. v. Tocqueville, Troplong, Blanqui und Thiers) sogleich ernannt. Auf dessen Vorschlag hat denn auch alsbald Herr Blanqui die Hauptmanufakturstädte Lyon, Marseille, Rouen und Lille für diese Zwecke bereit. Herr Thiers hat seine (auch schon ins Deutsche übersezte) schätzbare kleine Schrift über das Eigenthum erscheinen lassen, und die Mitglieder haben begannen, im Taschenformat eine Reihe kleiner Abhandlungen zur Belehrung der Massen herauszugeben. Diese von ihnen unentgeltlich dem Drucker Didot gelieferten einzelnen Abhandlungen erscheinen alle vierzehn Tage und behandeln insbesondere die gegenwärtig in Frage gestellten und mißbrauchten Lehren von den Pflichten und der Verantwortlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft, vom Eigenthume und dessen Gründen, seiner Vertheilung und seinen Pflichten, von den Ursachen des Vermögens und seiner ungleichen Vertheilung, von der Familie, ihrer Organisation und Entwicklung, von den Zuständen der verschiedenen Klassen nebst den Mitteln zur Eintracht derselben und deren Wohlbefinden und dergl. m. Es läßt sich erwarten, daß diese mit größter Einfachheit und Verständlichkeit abgefaßten und über ganz Frankreich aufs wohlfeilste verbreiteten Schriftchen dazu beitragen werden, zahllose Irrgefühle auf bessere Wege zu bringen und die empörten Leidenschaften, dem Gedanken ihres tapferen Urhebers gemäß, allmählig wieder den Geboten der Pflicht und Sittlichkeit unterzuordnen. Wächst ähnliche Bedürfnisse in anderen Ländern recht bald auch ähnliche Maßnahmen zur Folge haben!

— Während alle Welt gestern die Ministerkrise beigelegt glaubte, überrascht heute der Moniteur mit folgenden Ernennungen: 1) Leon Faucher wird zum Minister des Innern ernannt, in Stelle Leon de Maleville's, dessen Abdankung angenommen ist. 2) Lacroix, Vicepräsident der National-Versammlung, ist an die Stelle Leon Faucher's zum Minister der Staatsbauten ernannt. 3) Buffet, Volksvertreter, wird zum Minister des Ackerbaus und Handels in Stelle Virio's, dessen Entlassung angenommen ist, ernannt. Diese drei Verfügungen sind vom Präsidenten L. N. Bonaparte unterzeichnet und von dem, in Abwesenheit Bonapartes dem Ministerrath präsidenten Justizminister und Siegelbewahrer Odilon Barrot gegengezeichnet. — Passy bleibt Finanzminister. Er hat den Bitten der Hrn. Thiers und Molé, so wie einiger Glieder der hohen Finanz, nachgegeben, welche ihm sagten, daß sein Rückzug eine allgemeine Verwirrung auf dem Geldmarkte hervorbringen müßte; es sei jetzt der wichtigste Augenblick im ganzen Jahre, viele Liquidationen ständen bevor, und eine Finanzkrise im Ministerium könnte ein wahres Nationalunglück nach sich ziehen. So vielen Gründen verwochte Passy nicht zu widerstehen. — Heute Vormittag soll nun auch der Unterrichts-Minister Fallou abgedankt haben.

— Der Allg. Ztg. schreibt man: In der „Hofhaltung“ des Präsidenten der Republik erinnert durchaus nichts an die freistaatlichen Grundsätze Frankreichs. Ludwig Napoleon ist hier der „Prinz“, und er wird als solcher von seinen Ministern angerebet und behandelt. Daß alsdann die untergeordneten Geister anders verfahren sollten, läßt sich wohl nicht erwarten. Die Verwandten des Präsidenten beobachten eine Eiskette gegen ihn, als wäre er bereits „Kaiser.“ Der greise Jerome Bonaparte gefällt sich namentlich darin, Feindlichkeiten gegen seinen Neffen zu beobachten, die ganz an das goldene Zeitalter des Bonapartismus erinnern.

Lyon, den 26. Dec. Die Legitimisten erheben ihr Haupt wieder mächtiger und zuverlässiger als je. Die Organe der Carlisten und Orleanisten haben einen Bund mit einander geschlossen und erhalten ihr Lösungswort aus Paris von Männern der „Gazette de France.“ Es ist ihnen ein Gräuel, daß Louis Bonaparte den Eid auf die Constitution geschworen; sie hatten erwartet, daß der Bonapartismus rascher und rücksichtsloser zu Werke gehe, um dem legitimen Monarchismus auf die Beine zu helfen. Da man sich nun in dieser Hinsicht getäuscht hat, so wird seit einigen Tagen der religiöse Fanatismus wieder heraufbeschworen, und man nimmt eine, angeblich von der Gesamtbevölkerung ausgehende Adresse an Pius IX. zum Vorwande.

Diese Ansprache ging aber von Mitgliedern heimlicher Congregationen, denen sogar einige aus der Schweiz hierher geflüchtete Jesuiten nicht fremd geblieben waren, aus. Man will die Lyoner glauben machen, daß dieser Schritt beitragen werde, den h. Vater zu veranlassen, seine Residenz hier zu nehmen; ja, es wird behauptet, daß Oberhaupt der Christenheit habe bereits den Cardinal Erzbischof von diesem seinem Entschlusse in Kenntniß gesetzt.

Großbritannien und Irland.

London, den 27. Dec. Auf Befehl Ihrer Majestät der Königin wird jedes Jahr nach deutscher Sitte für die königlichen Kinder ein Christbaum ausgeschmückt und unter demselben die Weihnachtsgeschenke aufgebaut. Ähnliche Bäume werden in den verschiedenen Gemächern des Schlosses für die Herzogin von Kent und für den königlichen Hofstaat angeordnet. Sie sind vom Christtage bis zum Heiligen Drei-Könige-Tag aufgestellt, und wer in dieser Zeit von der Königin eingeladen wird, begleitet Ihre Majestät von Zimmer zu Zimmer, um diese Christbäume zu betrachten. Der Baum für die Königin wird von dem Prinzen Albert aufgestellt, und der für den Prinzen von Ihrer Majestät; die übrigen Bäume werden gemeinschaftlich von Ihrer Majestät und dem Prinzen besetzt, welche die Geschenke auf den Tischen ordnen und bestimmen. Am zweiten Christtage wurden auf den Theatern von London, wie gewöhnlich, nach Engländer Sitte, Pantomimen und burleske Poffen zur Belustigung der Kinder gegeben.

— Die neuesten Englischen Zeitungen bringen wieder herzbrechende Mittheilungen über die Noth in Irland. In einem Kommissionsbericht über das Elend im Kirchspiel Stirkbereen heißt es unter andern: Von den 6000 Menschen, welche die Bevölkerung dieses Kirchspiels bilden, haben 1000 kaum noch einen Mundbissen, keine Feuerung, kaum etwas auf dem Leibe, was den Namen einer Kleidung verbrieht, keine Bedeckung zur Nacht, ihre Hütten sind „unermesslich“ schlechter, als die Schweinställe in England, viele haben gar keine Wohnungen, sondern leben unter Ueberhängen von Klippen und Felsen; ihre Nahrung besteht zum Theil nur aus Seetang, Muscheln, Kartoffelkräutern und was sonst von Kartoffeln nach der Ernte noch im Boden zurückbleibt u. s. w. Außer diesen 1000 Verarmten und gänzlich Preisgegebenen zählt dieses unglückliche Kirchspiel noch 630 Arme, welche einige Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten, aber auch diese haben keine hinlängliche Nahrung, geschweige Feuerung oder Kleidung. Es ist dasselbe Kirchspiel, wo im Hungersjahr 1845 von 8000 Menschen 2000 wegstarben. Die Bevölkerung scheint geistig und körperlich ganz gebrochen zu sein; auf alle Fragen hört man nur die eine Antwort: „es ist die Heimsuchung des allmächtigen Gottes, —“ hinter welcher Antwort man wohl unschwer die Einflüsterung der katholischen Geistlichen wittert. Auch in andern Theilen Irlands sieht es nicht besser aus. Der „Atlas“ sagt: „Nähe bei Limerick fand man eine Familie, welche von Mas lebte; der ganze Süden Irlands bietet fast einen eben so jammervollen Anblick, wie während des Hungersjahrs, nur daß die Englische Mildethätigkeit der Irischen Noth jetzt nicht in so ausgedehnter Weise wie damals beispringt.“ Dieser Zustand ist ein allen göttlichen und menschlichen Geseßen entfremdeter, wie überhaupt in den Landdistrikten Irlands eine Geseßlosigkeit herrscht, wie sie in keinem andern Lande der Welt, welches nur einigermaßen auf Civilisation Ansprüche macht, angetroffen wird. Alle Klassen liegen gegen einander im Kriege. Die Pächter suchen über Nacht ihre Vorräthe zu verkaufen und mit dem Erlös einen Hafen zu erreichen, um mit dem nächsten Schiffe nach Amerika zu segeln; die Gutsbesitzer dagegen streben ihnen zuvorzukommen, nehmen, was sie vorfinden, für die rückständigen Zinse gewaltsam in Beschlag, treiben die Bewohner aus ihren Hütten und machen diese dem Erdboden gleich. Nicht immer geht Letzteres ohne Widerstand und Blutvergießen ab. Erst vor Kurzem sandte ein Gutsbesitzer in der Grafschaft Galway eine Schaar bewaffneter Männer auf die verpackten Landereien, um zu pflanzen. Die Männer, unter Aufsicht des Verwalters, Namens Kelly, bemächtigten sich des Viehs und trieben es weg. Die Pächter rodeten sich zusammen und setzten sich wieder in den Besitz des Viehs. Bei dem hierüber entstandenen Streit feuerte einer der mit der Pfändung beauftragten Männer seine Flinte ab und verwundete einen der Pächter tödtlich. Die Partei des Kelly, von den an Zahl weit überlegenen Landeuten in die Flucht geschlagen, rettete sich in ein Haus, und bereits machte das Landvolk Miene, es anzuzünden, als eine herbeigeholte Schaar Polizeisoldaten eintraf und die Landeute zum Rückzug zwang. Dies Beispiel für viele. Alle diese Barbareien gehen unter den Augen des feingestimmten, bibelfesten und fleischchristlichen Englands vor, welches sich nicht damit entschuldigen kann, daß es davon nichts wisse, denn die Presse, treu ihrer Pflicht und Aufgabe, stellt die Irischen Jammerseenen gewissenhaft an ihren Schaufenstern aus.

London, den 28. Dec. Vom Cap der guten Hoffnung hat man Berichte bis zum 30. Okt., welche durchaus befriedigend lauten. Die Boers hatten die ihnen zur Deckung der Expeditionskosten auferlegte Geldbusse bezahlt und waren wieder an ihre Feldarbeit gegangen; Pretorius hatte sich ins Innere begeben. Auch bei Natal war alles ruhig und von den Führern der Nachbarstämme für die nächste Zeit keine Ruhestörung zu erwarten. — Die „Times“ enthält einen Bericht über das flüchtige Wilsingen der im Frühjahr von Cabet abgeschickten ersten Expedition nach Italien. Die Theilnehmer an derselben hatten ihre Geldmittel an Cabet oder dessen Agenten abgeben müssen und langten ganz entblößt, nachdem man schon unterwegs sehr mangelhaft für sie gesorgt hatte, zu New-Orleans an, wo mehrere erkrankten und die meisten, da sie kein Geld hatten und von dem Agenten oder Ober-Junitagscharen Cabet's keinen Dollar herausbringen konnten, ihre Uhren verkaufen mußten. Von New-Orleans schaffte man sie den Wilsingen hin, wo für nichts nach dem sogenannten Itarischen Entrepot Egreveport, wo für nichts nach dem weiblichen Theil der Colonisten in einer gefordert war und wo der weibliche Theil der Colonisten in einer Art von Kuchall zurückgelassen werden mußte, weil die nun durch

